

# Grossmachtrivalität und Dritte Welt : Risiko für den Frieden in Europa?

Autor(en): **Ruloff, Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft**

Band (Jahr): **24 (1984)**

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-172398>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# GROSSMACHTRIVALITÄT UND DRITTE WELT: RISIKO FÜR DEN FRIEDEN IN EUROPA?

von Dieter Ruloff

*Das militärische Engagement der Grossmächte in der Dritten Welt wird sich in den kommenden Jahren verstärken. Eine Konfrontation zwischen ihnen kann aus diesem Grunde nicht ausgeschlossen werden. Angesichts der Parität im Bereich der strategischen Waffen wäre eine Entwicklung in Analogie zur Kubakrise heute und in den kommenden Jahren vermutlich gefährlicher als 1962; die Sowjetunion kann angesichts ihrer stark verbesserten militärischen Position nun mit grösserem Selbstvertrauen auftreten und wäre kaum zu für sie demütigenden Kompromissen zu bewegen. Auf Europa würde eine solche Grossmachtkonfrontation aber, wenn es zu ihr käme, mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit nicht übergreifen, da dies existentielle Gefahren für beide Seiten beinhaltet. Das Interesse daran, solche Gefahren zu vermeiden, wiegt aber immer noch weit schwerer als alles, was an Einfluss in der Dritten Welt womöglich auf dem Spiele stünde.*

*L'engagement militaire des grandes puissances dans le Tiers Monde augmentera pendant les années à venir. Pour cette raison une confrontation entre elles ne peut pas être exclue. En vue de la parité dans le domaine des armes stratégiques, une crise analogue à celle des Cuba serait aujourd'hui et à l'avenir plus dangereuse, à ce qu'il semble, qu'en 1962. A cause de sa position militaire très renforcée, l'Union Soviétique peut se présenter avec une plus grande confiance en elle-même; elle ne s'engagerait guère à des compromis humiliants. Mais si jamais une telle confrontation des grandes puissances arrivait, il est très invraisemblable qu'elle toucherait l'Europe, parce que les risques des deux partis seraient énormes. L'intérêt d'éviter de tels dangers l'emporte toujours beaucoup sur toutes les influences à gagner ou à perdre dans le Tiers Monde.*

## I. Einleitung und Überblick: Die Angst vor dem letzten und vorletzten Weltkrieg

Rechtzeitig zum Orwell-Jahr haben Zukunftsangst und Endzeitstimmung in der Öffentlichkeit ihren Höhepunkt erreicht. *Kriegsfurcht* steht nach Meinungsumfragen neuerdings an erster Stelle in der Rangliste jener Probleme, die dem «Mann auf der Strasse» Kopfzerbrechen, im vorliegenden Fall offenbar sogar handfeste Angst bereiten. Dies ist insofern ein Alarmzeichen, als bisher die Sorge um das persönliche Wohlergehen und den Arbeitsplatz zuvorderst standen<sup>1</sup>, nun aber in den Hintergrund treten. Dabei sind die herrschenden Vorstellungen vom drohenden Unheil und seinen Ursachen reichlich diffus. Krieg erscheint als Naturkatastrophe, als kataklysmisches Ereignis, das man sich allenfalls noch als Neuauflage des Zweiten Weltkrieg, nun aber mit Atomwaffen, vorzustellen vermag<sup>2</sup>.

Ernster zu nehmen weil differenzierter sind die Befürchtungen von Politikern und Fachleuten, Konfliktpotential in der Dritten Welt könnte «katalytische» Wirkungen haben, also die Grossmächte in eine Konfrontationssituation bringen und damit die «Kontraktion» des Konflikts auf Europa, den höchstgerüsteten Teil der Welt, herbeiführen. Vergleiche der Zeit vor der Julikrise von 1914 mit der seit (spätestens Afghanistan) andauernden tiefen Krise der Ost-West-Beziehungen sind von kompetenter Seite zwar als unstatthaft und überzogen zurückgewiesen worden<sup>3</sup>, die Möglichkeit einer Krise in der Dritten Welt, die eine Konfrontation der beiden grossen Militärbündnisse in Europa auslöst, verdient dennoch Beachtung. Der sog. «Sarajevo-Komplex», die weit verbreitete Angst vor dem vorletzten Weltkrieg, kann also nicht vollständig als hysterische Phobie amerikanischer «Liberals» abgetan werden<sup>4</sup>.

Krieg aus Absicht und Berechnung, als Mittel der Politik also, ist zumindest zur Zeit in Mitteleuropa keine denkbare Möglichkeit. Die Abschreckung funktioniert. Sowjetische Blitzkrieg-Szenarien, wie sie in Fachkreisen und in der Presse immer wieder diskutiert werden, erweisen sich bei genauer Betrachtung als wenig überzeugend<sup>5</sup>. Wenn der gewollte und geplante Krieg zwischen den Grossmächten zur Zeit also kaum denkbar ist, so bleibt als Möglichkeit doch immer noch der *ungewollte Krieg*, der von der Vor-

1 Vgl. Wildenmann 1983.

2 Vgl. Sabin 1983. Die Ironie der Lage ist nun, dass gerade die grün-pazifistischen Mahner, die einerseits nicht müde werden, auf die vermeintlich Orwell'schen Tendenzen in den westlichen Demokratien hinzuweisen, des lieben Friedens wegen Orwell'sche Zustände in Kauf zu nehmen bereit wären: Lieber rot als tot.

3 Vgl. Kahler 1981 zur Berechtigung eines Vergleichs der Julikrise mit den aktuellen Spannungen im Ost-West-Verhältnis.

4 Dies ist der Tenor eines Korrespondentenberichtes in der Neuen Zürcher Zeitung (6. Jan. 1984, S. 1 f.) Nach Vietnam-Syndrom und Watergate wäre nun neuer Anlass zu selbstquälerischen Zweifeln an der Rolle Amerikas in der Welt und an der moralischen Qualifikation der amerikanischen Führung gefunden.

5 Siehe Newsweek, 5. Dez. 1983, S. 21: «Blitzing NATO». Zur Beurteilung dieser nicht gerade neuen Blitzkriegsvorstellungen vgl. Erickson 1981 und Stratmann 1981, S. 122 ff.

stellung eines Krieges durch Zufall allerdings gründlich zu unterscheiden ist. Denn ein solcher Krieg wird, wenn überhaupt, dann nicht durch das Versagen von Computern, die Inkompetenz des Bedienungspersonals von Waffensystemen oder ähnliches Missgeschick entstehen, sondern durch Risikopolitik und Pannen im Management einer grossen Krise zwischen Ost und West, die durch Verwicklungen der Grossmächte in der Dritten Welt entstehen könnte<sup>6</sup>.

Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung soll folgend im Detail untersucht werden. Das Problem lässt sich dabei zu analytischen Zwecken in vier Teilfragen zerlegen, die zunächst für sich beantwortet werden müssen (Hinweise auf die folgenden Kapitel in römischen Ziffern): Ist in den kommenden Jahren mit einer Zunahme der Krisen in der Dritten Welt zu rechnen, und welche werden dies sein (II)? Welche Rolle spielen in diesen Krisen die Grossmächte (III)? Wie wahrscheinlich ist in diesem Zusammenhang eine Konfrontation zwischen ihnen (IV)? In wieweit muss schliesslich mit dem Übergreifen einer solchen Grossmachtkonfrontation auf Westeuropa gerechnet werden (V)? Die abschliessende Beurteilung (VI) wird dann Antworten auf die Frage zu geben versuchen, ob das «Sarajevo» in der Dritten Welt mehr ist als ein schlimmer Alptraum (Sabin 1983: «a historical mirage»).

## II. Krieg und Krisen in der Dritten Welt: Rückblick und Ausblick

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zählt die «Buchführung» internationaler Konflikte 150 Kriege<sup>7</sup>. Dabei zeigt sich zunächst, dass offenbar eine Verlagerung des Kriegsschauplatzes stattgefunden hat; nur in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es noch Kriege in Europa. Seither findet Krieg in der Dritten Welt statt. Konfliktaustrag mit militärischen Mitteln ist, wie die Zahl der Kriege zeigt, wahrhaftig kein seltenes Phänomen. Dass von den Jahren seit 1945 oft immer noch als der Nachkriegszeit gesprochen wird (und ängstliche Naturen dieselbe Periode mit dem Blick auf das vermeintlich unausweichliche, kommende Unheil als

6 Einen ausführlichen Vergleich der technischen und politischen Risiken hinsichtlich der Kriegsgefahr zwischen Ost und West findet man bei Frei 1982 und 1983. Der Autor hält die politischen Risiken für weit gewichtiger als die technischen Risiken, auf die sich die Diskussion der Kriegsgefahr in der Öffentlichkeit zu einem nicht geringen Teil konzentriert hat.

7 Die von Gantzel und Fabig «up to date» gebrachte Kriegsliste Kendes (Kende 1982) zählt 148 Kriege; für 1982 und 1983 wären (mindestens) noch zwei Kriege der Liste anzufügen, nämlich die israelische Invasion Südlibanons mit dem nachfolgenden Wiederaufflammen des libanesischen Bürgerkrieges und die Intervention der USA in Grenada. Die Zahl der Kriege seit 1945 hängt selbstverständlich wesentlich von der verwendeten Definition von Krieg ab. Kende (1982, S. 23f.) bezeichnet einen Konflikt dann als Krieg, wenn (a) zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte an den Kämpfen teilnehmen und auf mindestens einer Seite reguläre Truppen zum Einsatz kamen; wenn (b) ein Mindestmass an zentraler Lenkung und Organisation des Kampfgeschehens zu beobachten war; wenn schliesslich (c) die Kämpfe eine gewisse Kontinuität zeigten.

«Vorkriegszeit» apostrophieren), entbehrt eigentlich jeder Berechtigung. Verständlich ist diese Sprachgewohnheit allenfalls angesichts der Eigentümlichkeiten des Krieges in der Dritten Welt; mit den klassischen europäischen Kriegen des 19. Jahrhunderts oder den beiden Weltkriegen, also dem, was man sich in Europa unter Krieg aus eigener Erfahrung vorzustellen pflegt, hat der Krieg in der Dritten Welt in der Tat nur wenig Gemeinsamkeiten.

Aus europäisch-nordamerikanischer Sicht sind Krieg und Krisen in der Dritten Welt zunächst selbstverständlich *weit weg*, vor allem aber bisher hinsichtlich Teilnahme und schadensmässigen Auswirkungen *begrenzt* und *kontrollierbar* geblieben. Ein totaler Krieg im Sinne der beiden Weltkriege<sup>8</sup> hat bisher in der Dritten Welt nicht stattgefunden. Dies ist allerdings nicht auf kluge Zurückhaltung der betroffenen Länder zurückzuführen, sondern auf den Mangel an Waffen und/oder auf Probleme bei deren Bedienung sowie die umsichtige Steuerung des Waffenhandels durch die traditionellen Lieferländer, voran die Grossmächte. Waffen mit sehr grosser Zerstörungskraft, vor allem nukleare Sprengsätze, sind seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zum Einsatz gekommen, obschon einige Länder der Dritten Welt, die in militärische Konflikte verstrickt waren, über diese verfügten bzw. die Fähigkeit zu ihrer Herstellung bereits hatten<sup>9</sup>. Der Waffenhandel mit der Dritten Welt gewinnt jedoch an Umfang; er verändert sich zudem zusehends in seiner Struktur, was die Art der Waffen und die Bedeutung der Lieferländer betrifft. Das Problem der nuklearen Proliferation wird ebenfalls drängender. Die genannten Tendenzen und Entwicklungen werden zweifellos Auswirkungen auf den zukünftigen Verlauf von Konflikten in der Dritten Welt haben. Welche dies sein werden, ist zur Zeit noch umstritten.

In jedem Fall muss mit einer wachsenden *Diffusion von Macht* in der Dritten Welt gerechnet werden, denn der Waffentransfer in diese Länder wird auch in den kommenden Jahren weiter wachsen. Dabei werden nicht nur immer mehr, sondern auch immer kompliziertere und «effizientere» Waffen in die Hände regulärer Truppen und irregulärer Gruppen in der Dritten Welt kommen. Ebenso wichtig wie das wachsende Ausmass des

8 Der Begriff des totalen Krieges hängt in seiner Entstehung eng mit dem Begriff des totalen oder totalitären Staates zusammen, der zuerst von Carl Schmitt geprägt worden ist (vgl. Ruloff 1984, S. 183f.). Krieg wird dann total, wenn er nicht mehr als Mittel der Politik im Sinne von Clausewitz gezielt und begrenzt eingesetzt wird, wie dies in den Kabinettskriegen des 18. Jahrhunderts der Fall war, sondern wenn er zum Lebens- und Überlebenskampf zwischen Nationen ausartet und unter Aufbietung aller Anstrengung und ohne Einschränkung in der Wahl der Mittel geführt wird. Korea und auch Vietnam waren selbstverständlich keine totalen Kriege, zumindest nicht aus dem Blickwinkel der beteiligten Grossmacht USA. Auch die Nordvietnamesische Führung konnte in jedem Falle davon ausgehen, dass ihre staatliche Existenz in diesem Krieg nicht auf dem Spiel stand.

9 Länder der Dritten Welt, die in der Lage sind, heute oder innerhalb der nächsten sechs Jahre Atomwaffen herzustellen bzw. diese bereits (in ihren Einzelteilen oder schon montiert) besitzen: Argentinien, Brasilien, VR China, Indien, Irak, Israel, Korea, Südafrika und Taiwan. Vgl. den Bericht in Newsweek, 5. Dez. 1983, S. 19f.

Waffentransfers in die Dritte Welt ist vermutlich sein Strukturwandel im Bereich der Lieferländer und Waffenproduzenten. Ein Grossteil des internationalen Waffenhandels wird zwar noch immer durch die Grossmächte sowie Frankreich und Grossbritannien abgewickelt, doch Waffenproduzenten aus der Dritten Welt selbst haben ihren Marktanteil beträchtlich ausgebaut. Drei davon (Israel, Indien und Brasilien) sowie Südafrika sind heute bereits in der Lage, die gesamte Palette moderner Waffen von einfachen Infanterieausrüstungen bis hin zu anspruchsvollen Kampfflugzeugen herzustellen und zu exportieren. Eine grössere Zahl sog. Schwellenländer besitzt heute die industrielle Infrastruktur zur Entwicklung und Herstellung von Waffen mittlerer Technologie (vor allem Argentinien, Taiwan, Südkorea, die Philippinen, Indonesien, Ägypten, Nordkorea und Singapur) und füllt damit eine Lücke im Waffenmarkt in der Dritten Welt, die durch die traditionellen Waffenproduzenten in den hoch industrialisierten Ländern bisher vernachlässigt worden war. Eine weitere Chance bietet sich für die neuen Waffenexporteure durch die Belieferung jener Länder, die durch die Grossmächte aus politischen Gründen nicht oder nur zögernd mit Waffen versorgt werden<sup>10</sup>.

Ein besonders heikler Bereich ist die Kontrolle nuklearer Proliferation. Obschon eines der ältesten und «unproblematischsten» Felder sowjetisch-amerikanischer Zusammenarbeit<sup>11</sup>, wird sich die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen aller Wahrscheinlichkeit nach auf längere Sicht auch durch engste Absprachen zwischen den Grossmächten nicht verhindern lassen, ja es herrscht etwa auch innerhalb der amerikanischen Regierungen Uneinigkeit über die Frage, ob angesichts dieser Aussichten die bisherige Politik der Behinderung nuklearer Proliferation überhaupt sinnvoll sei<sup>12</sup>. Von kommerziellen Gesichtspunkten aus ist gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Dritten Welt und den damit verbundenen Technologietransfer wenig einzuwenden, obschon damit zwangsläufig prinzipielle Möglichkeiten zu einer militärischen Nutzung entstehen<sup>13</sup>. Wie Marwah betont, ist der Weg vom Besitz der Bombe zu deren militärischer Nutzung jedoch weit und auf keinen Fall zu verheimlichen, weil dies den Aufbau einer umfangreichen militärischen Infrastruktur (Trägersysteme und Schutzmassnahmen für diese zwecks «Härtung» gegen Präventivschläge usw.) erfordert.

Die Aufrüstung der Dritten Welt ist sicherlich nicht unproblematisch: Erstens absorbiert sie Ressourcen, die in Entwicklungsprojekten besser angelegt wären, weil sie dort Rendite erbringen. Zweitens könnten neue Spannungen durch regionale Rüstungswettläufe entstehen und drittens wächst mit der militärischen Macht mancher Länder auch deren aussenpolitischer Ehrgeiz<sup>14</sup>. Viertens werden Kriege in der Dritten Welt mit der Menge der

10 Vgl. Pollins 1982, S. 8.

11 Nye 1982, S. 32.

12 Zur US Politik vgl. Brenner 1981.

13 Vgl. Potter 1982 und die Beiträge in Katz/Marwah 1982.

14 Pollins 1982, S. 11.

zur Verfügung stehenden Waffen und ihrer wachsenden Zerstörungskraft in Zukunft wohl zwangsläufig gewaltsamer und schwieriger zu kontrollieren. Die genannten Strukturveränderungen des Waffentransfers vermindern fünftens zudem sukzessive die Möglichkeit der Grossmächte, über die Regulierung von Rüstungslieferungen die Entwicklung von Konflikten in der Dritten Welt zu steuern, also etwa ein gestörtes regionales Gleichgewicht wiederherzustellen.

Die Wirkung des Waffentransfers in die Dritte Welt wird jedoch von Fachleuten nicht in allen ihren Aspekten negativ beurteilt. Kostengünstige und effiziente Waffen ermöglichen es heute namentlich kleinen und schwachen Ländern der Dritten Welt, sich wirkungsvoll gegen Übergriffe von aussen zu schützen. Mit der Eigenproduktion von Waffen oder deren Kauf bei neuen Anbietern aus der Dritten Welt sinkt auch die *Abhängigkeit* von den Grossmächten<sup>15</sup>. Rüstung muss zudem nicht automatisch die Kriegsgefahr anwachsen lassen, sondern könnte entsprechend der Abschreckungslogik auch zum Frieden beitragen, etwa im Falle von Nuklearwaffen. In der wissenschaftlichen Diskussion ist in diesem Zusammenhang verschiedentlich die Meinung geäussert worden, nukleare Proliferation habe keine oder möglicherweise sogar positive Auswirkungen auf die internationale Stabilität<sup>16</sup>. Wie im Falle des Ost–West-Antagonismus wäre demnach auch in der Dritten Welt durch den Einfluss des Nuklearwaffenbesitzes mit einer Stabilisierung regionaler Machtgleichgewichte zu rechnen, mindestens aber mit keinen negativen Auswirkungen. Meyer (1983) weist jedoch in seiner vergleichenden Untersuchung des Verhaltens von Atommächten mit Recht darauf hin, dass dieser Befund nicht unbedingt verallgemeinert werden darf, vor allem dann, wenn die voraussichtlichen Kandidaten Länder der Dritten Welt sind. Wie Nye (1982) betont, der selbst von 1977 bis 1979 die Studiengruppe für Nonproliferation des Nationalen Sicherheitsrates der USA präsidierte, setzt dies nämlich mindestens Stabilität in den Regierungen und militärischen Kommandostrukturen der entsprechenden Länder voraus sowie Disziplin auch angesichts irredentistischer Neigungen oder präventiver Verlockungen – Bedingungen, die also in weiten Bereichen der Dritten Welt eher kontrafaktisch genannt werden müssen.

Eine funktionierende Abschreckung verlangt jedoch abgesehen von den notwendigen Waffen weitere Voraussetzungen, die im Zusammenhang mit Krisen und Konflikten in der Dritten Welt meist nicht gegeben sind. So schreckt ein neues, in der Entwicklung befindliches oder noch nicht gehärtetes nukleares Potential nicht ab; es zieht vielmehr Präventivschläge an. Der Irak musste als erstes Land dieser Art im Juni 1981 genau dies erfahren. Zudem greift Abschreckung (mit konventionellen oder auch nuklearen

15 Zur Frage von Abhängigkeit und Waffentransfer wird an der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft der Universität Zürich von Christian Catrina eine empirische Untersuchung durchgeführt, deren Resultate demnächst vorliegen werden.

16 Waltz 1981: «More may be better.» Vgl. auch Dunn 1982 sowie die Beiträge von Waltz und Zinner in King 1979.

Mitteln) wenn überhaupt so nur im Bereich der zwischenstaatlichen Konflikte. Unter diese Kategorie fallen jedoch nur eine Minderheit von etwa 1/5 der gezählten Kriege seit 1945. Bei der grossen Mehrheit der Krisen und Kriege in der Dritten Welt spielen irreguläre Gruppen, etwa Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen, eine wichtige Rolle, die mit herkömmlichen Waffen kaum zu beeindrucken, mit Atomwaffen aber schon gar nicht zu treffen sind. Hingegen wären Atomwaffen in den Händen von Terroristen oder Freiheitsbewegungen mit Sicherheit ein sehr ernstes Problem. Die sog. «Islamische Bombe» hätte möglicherweise diese Auswirkung<sup>17</sup>.

An Konfliktstoff wird es auch in den kommenden Jahren in der Dritten Welt nicht mangeln. Die Frage der nationalen Unabhängigkeit stellt sich heute zwar nur noch im südlichen Afrika, aber das enorme Krisenpotential der Dritten Welt ist zu einem nicht geringen Teil Erbe der jeweiligen kolonialen Vergangenheit der betroffenen Länder, die so rasch nicht zu bewältigen ist. Sie dokumentiert sich z. B. in oft willkürlichen Grenzziehungen und ethnisch-sprachlich bzw. religiös wenig sinnvoll strukturierten weil konfliktanfälligen Staatsgebilden. Bürgerkrieg, Separatismus und Irredentismus sind die Folgen und werden es auch in absehbarer Zukunft bleiben. Ebenso wird die dramatische wirtschaftliche Situation der Dritten Welt (auch und vor allem der Schwellenländer) innere Unruhen und revolutionäre Tendenzen weiterhin fördern. Insgesamt muss also auch in Zukunft mit kriegerischen Konflikten und Krisen in der Dritten Welt gerechnet werden. Angesichts der Diffusion von Macht ist zudem eine Zunahme ihrer Gewalttätigkeit zu befürchten.

### **III. Die Rolle der Grossmächte bei Konflikten in der Dritten Welt**

Die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, in Konflikte in der Dritten Welt militärisch einzugreifen, wenn bedeutende Interessen des Westens auf dem Spiele stehen, hat zweifellos in den letzten Jahren zugenommen. Allgemein wird die Rolle des militärischen Instrumentariums in der internationalen Politik im Westen wieder positiver bewertet, wie Headley Bull (1981) bemerkt; es wird wieder benötigt. Die wichtigste Ursache dieser Entwicklung ist zweifellos das wachsende sowjetische Engagement in der Dritten Welt.

In der Frühzeit der Entspannung war die Vorstellung weit verbreitet, der Wahrung westlicher Interessen in der Dritten Welt sei mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln eher gedient als mit militärischem Eingreifen, ja dieses werde womöglich infolge ost-westlicher Entspannung auch als «ultima ratio» bald einmal vollkommen obsolet. Diese Hoffnungen beruhten wesentlich auf der Vorstellung, die Sowjetunion könne in die Weltgemeinschaft hineingezogen und integriert werden, indem man sie am Nutzen dieser Ordnung beteiligt und gleichzeitig auf die Beachtung der Spielregeln

17 Vgl. Weissman/Krosney 1981 und Jones 1981.

verpflichtet. Überhaupt sah man in der Zunahme der internationalen Verflechtung, dem Ausbau des Welthandels und wachsenden finanziellen Beziehungen zwischen den Industrieländern, zwischen Nord und Süd und über die Demarkationslinien zwischen den Militärblöcken hinweg, ein sicheres Anzeichen kommender Harmonie in den internationalen Beziehungen dank überragender gemeinsamer Interessen. Noch Levi (1981) geht davon aus, dass Krieg zumindest auf lange Sicht als Folge der weltweit wachsenden Interdependenzen aus den internationalen Beziehungen verschwinden werde.

Diese und ähnliche Illusionen können bereits seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre als eindeutig widerlegt gelten. Die Gründe sind offensichtlich. Erstens ist die Dichte des Geflechts internationaler Interdependenzen sehr unterschiedlich und mithin auch das Interesse an seinem Erhalt. Übersehen wurde die periphere Lage der meisten Entwicklungsländer im Netz weltweiter Abhängigkeiten, vor allem aber die andauernde *Aussenseiterposition* der sozialistischen Staatengemeinschaft, die schon ein Blick auf ihren Anteil am Welthandel dokumentiert. Selbstverständlich besteht ein Interesse des Ostens an enger wirtschaftlicher Kooperation mit dem Westen, besonders bei den Verbündeten der Sowjetunion. Dieses wurde jedoch offenbar überschätzt. Zudem haben gerade die sozialistischen Länder im Zuge der Weltrezession der siebziger Jahre erfahren müssen, dass die Einbindung in das Netz weltwirtschaftlicher Beziehungen auch Nachteile mit sich bringt. Die Vorstellung der funktionalistischen Konvergenztheorien, die Sowjetunion liesse sich sukzessive in die herrschende internationale Ordnung integrieren oder kooptieren, mutet im Rückblick wie Wunschdenken an<sup>18</sup>, denn gerade die Phase der Entspannung wurde von der Sowjetunion für ihre neue Offensive in der Dritten Welt genutzt. Am Status-quo ist die Sowjetunion offenbar nicht interessiert, sondern an der Revision der internationalen Ordnung<sup>19</sup>. Dies wird übrigens nicht verheimlicht, wie ein Blick auf die hinreichend dokumentierten sowjetischen Vorstellungen von dem beweist, was ihre Theoretiker «Friedliche Koexistenz» nennen.

Zumindest vier Gründe lassen sich für die sowjetische Offensive in der Dritten Welt in der Mitte der siebziger Jahre nennen. 1. Gelegenheit zur Einmischung am Horn und im Süden Afrikas entstanden, und diese wurden ergriffen. 2. Das Klima der Entspannung begünstigte sowjetische Offensiven in der Dritten Welt; aus Interesse am Ausgleich mit dem Osten wurden diese vom Westen heruntergespielt oder gar übersehen. 3. Die Sowjetunion hatte sich inzwischen das militärische Instrumentarium zugelegt, das eine solche Politik erfordert, also die Fähigkeit zur *Projektion militärischer Macht* auf entferntere Gebiete entwickelt. 4. Zu Beginn der siebziger Jahre gelang es der Sowjetunion, auf nuklearstrategischem Gebiet mit den Vereinigten Staaten gleichzuziehen. Die SALT-Verträge besiegelten diesen neuen Sachverhalt. Aus sowjetischer Sicht war die *strategische Parität* mit

18 Vgl. hierzu Payne 1982, S. 82 ff.

19 Vgl. Payne 1982, S. 87 ff.

den Vereinigten Staaten als Rückendeckung und Rückversicherung einer expansiven Politik aber unbedingt notwendig. Im Westen ist dieser Sachverhalt, obschon vielleicht die wichtigste Voraussetzung des sowjetischen Griffs nach der Dritten Welt, lange Zeit unbemerkt und unverstanden geblieben.

Die strategische Parität der Grossmächte oder, in sowjetischer Terminologie, die Veränderung in der Kräftekorrelation zugunsten der sozialistischen Länder, war aus sowjetischer Sicht die Voraussetzung der Entspannungspolitik der siebziger Jahre, in Wahrheit aber zumindest teilweise auch deren Folge. Die auf dem Prinzip der sog. gesicherten und gegenseitigen Verletzbarkeit (mutual assured vulnerability) beruhenden Strategievorstellungen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre massen dem Ausbau des sowjetischen nuklearstrategischen Potentials keine zentrale Bedeutung bei. Wenig wurde unternommen, um die Sowjetunion im Bereich der strategischen Waffen auf Abstand zu halten, denn der auf gesicherten Zweitschlags-Kapazitäten beruhende Abschreckungsmechanismus schien durch das wachsende strategische Potential der Sowjetunion nicht gefährdet, im Gegenteil. Vielfach gab man sich der Hoffnung hin, die westliche Abschreckungskonzeption sei angesichts strategischer Parität nun auch für die Sowjetunion eher akzeptabel<sup>20</sup> und die Sicherheitspolitik der Grossmächte sei damit auf eine gemeinsame Grundlage gebracht.

Die Folgen dieser Politik für die strategische Stabilität interessieren in diesem Zusammenhang nicht; sie sind äusserst ernst<sup>21</sup>. Hier ist vielmehr auf das Versäumnis hinzuweisen, auch die politische Funktion strategischer Stärke und die Folgen ihres Verlustes zu bedenken, obschon Kuba 1962 und der Oktoberkrieg von 1973 das Anschauungsmaterial dazu boten. Die Kuba-Episode wird vielfach und fälschlicherweise noch immer oft als Beispiel amerikanischer Stärke und Festigkeit angesichts sowjetischer Aggressivität und Intransigenz dargestellt, obwohl es sich sowjetischerseits um nichts anderes als die logische, wenn auch hektische Reaktion auf eine aus sowjetischer Sicht dramatische und nicht tolerierbare Verschlechterung der «Kräftekorrelation» handelte<sup>22</sup>. Im Rückblick war Kuba für die Sowjetunion ein schlimmes Lehrstück in strategischer Unterlegenheit und, was das amerikanische Verhalten betrifft, ein Beispiel dafür, wie strategische Stärke nutzbringend politisch eingesetzt werden kann.

Ähnliches gilt für den Nahostkrieg vom Oktober 1973. Angesichts sowjetischer Vorbereitungen, auf ägyptischer Seite in den Konflikt einzugreifen, entschloss sich die amerikanische Regierung zu einer eindeutigen Warnung und befahl die weltweite Alarmbereitschaft ihrer Streitkräfte (DEFCON3, defense readiness condition 3). Interessanterweise hat der dafür Verantwortliche, der damalige Aussenminister Henry Kissinger, Jahre spä-

20 Vgl. Payne 1982, S. 74

21 Man denke an die für die nächsten Jahre absehbare sowjetische Fähigkeit, das Potential der amerikanischen landgestützten Interkontinentalraketen zu zerstören.

22 Dies die Darstellung von Young/Young 1980, S. 13.

ter die Meinung vertreten, eine solche Massnahme in einer analogen Situation sei nun angesichts der Verschiebungen im strategischen Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West nicht mehr denkbar<sup>23</sup>.

Wenn strategische Überlegenheit es offenbar erlaubt, der anderen Seite Konditionen zu diktieren, so schafft strategische Parität mindestens Handlungsspielraum und Selbstvertrauen im Umgang mit der anderen Seite. Beides besitzt die Sowjetunion seit der Mitte der siebziger Jahre in verstärktem Masse. Das strategische Kräfteverhältnis wird sich auf absehbare Zeit nicht wesentlich verändern und damit auch nicht die sowjetische Neigung, alle Chancen zu ergreifen, ihren Einfluss in der Dritten Welt auszubauen. Angesichts der strukturellen Krisenanfälligkeit der Dritten Welt (vgl. oben Kap. II) ist mit entsprechenden Gelegenheiten zur Genüge zu rechnen. Um irreversible Entwicklungen zu verhindern – auch für Neumitglieder der sozialistischen Staatengemeinschaft in der Dritten Welt gilt bekanntlich (siehe Afghanistan) die Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Länder – wird der Westen in kritischen Fällen nicht umhin kommen, auch militärisch einzugreifen. Das Instrument dazu ist in Form der sog. Rapid Deployment Forces (RDF) geschaffen worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es auch eingesetzt werden.

#### **IV. Grossmachtkonfrontation: Revanche für Kuba 1962 absehbar?**

Ein Aufeinandertreffen der Grossmächte in der Dritten Welt ist angesichts ihres wachsenden Engagements wohl unvermeidlich; eine krisenhafte Entwicklung ist in diesem Zusammenhang aber nicht zwangsläufig. Falls es jedoch zu einer offenen Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Analogie zu Kuba 1962 oder dem Nahen Osten 1973 kommen sollte, so wäre diese zweifellos gefährlicher als bei den vorherigen beiden Anlässen, und zwar vor allem aus einem schon genannten Grund. Angesichts ihrer strategischen Parität mit den USA würde die Sowjetunion nach Einschätzung von Experten diesmal im Gegensatz zur Kubakrise von 1962 davon ausgehen, dass die USA als erste zurückstecken werden<sup>24</sup>, während die USA um jeden Preis zeigen müssten, dass ihre Garantien auch angesichts der sowjetischen nuklearstrategischen Parität gelten; ein Rückziehen unter demütigenden Umständen hätte katastrophale Folgen für die amerikanische Glaubwürdigkeit.

Beiden Grossmächten sind die Risiken einer Konfrontation zwischen ihnen in der Dritten Welt wohl bewusst und man kann davon ausgehen, dass eine solche nicht leichtfertig riskiert, schon gar nicht aber bewusst provoziert werden wird. In der Tat sind Versuche unternommen worden, Absprachen zur Vermeidung von Konfrontationen zwischen den USA und der Sowjetunion in der Dritten Welt zu treffen, etwa mit der Deklaration

23 Zitiert in Betts 1982, S. 263.

24 Schilling 1981, S. 58.

über die Grundprinzipien ihrer Beziehungen zueinander vom Mai 1972<sup>25</sup>. Von den 12 Prinzipien dieser Erklärung ist vielleicht das zweite am interessantesten. Beide Seiten erkennen darin an, dass indirekte oder direkte Versuche, einseitig Vorteile zu Lasten der anderen Seite zu erreichen, eine gefährliche Lage schaffen könnten und zu vermeiden seien. Diese quasi-Garantie des Besitzstandes an Einfluss in der Dritten Welt, den sich die Grossmächte mit der zitierten Klausel gegenseitig bescheinigten, war viel zu vage, als dass sie hätte wirksam sein können. Weitergehende Abmachungen, ein sog. *globales Jalta*, hat u. a. der Historiker Georg Picht gefordert und dabei vielfach Zustimmung gefunden. Die bizarre Vorstellung, beide Grossmächte könnten im Stile des historischen Vorbildes eine bindende Absprache über Einflüsse in der Dritten Welt treffen (vielleicht wieder in Prozentsätzen definiert?), ist nicht nur unrealistisch, sondern auch unsinnig. Wie die Wirkungsgeschichte von Jalta zeigt, garantierte die damals beschlossene Aufteilung Europas noch lange nicht das friedliche Nebeneinander der beiden Blöcke, zumal schon deshalb, weil die Betroffenen übergangen wurden und die Sowjetunion sich an die Abmachungen nicht hielt. Ein Super-Jalta wäre nicht nur wertlos, sondern schädlich; es ist zudem überflüssig. Wie Ayoob (1981) feststellt, wird von beiden Grossmächten de facto in weiten Teilen der Dritten Welt der Einflussbereich der jeweils anderen Seite zumindest in einer Weise respektiert, die offene und direkte Revisionen am status quo und damit auch die Gefahren einer *bewusst* herbeigeführten Konfrontation ausschliesst.

Im Bereich des Möglichen bleibt dennoch eine militärische Verstrickung beider Grossmächte in demselben Konflikt auf der jeweils gegnerischen Seite, und zwar *gegen ihren Willen*. Denn die Verpflichtungen und Garantien der Grossmächte sind in vielen Fällen unscharf definiert<sup>26</sup>. Dies schafft Interpretationsspielraum, der jedoch in seiner Wirkung ambivalent ist. Das betroffene Land könnte im Extremfall die Grossmachtgarantie als «Blankoscheck» deuten und Risikopolitik betreiben; der Grossmacht bliebe hingegen im entsprechenden Fall die Möglichkeit einer restriktiven Deutung ihrer Verpflichtung, was Rückzugswegen eröffnet. In einigen Regionen der Welt ist die Verwicklung beider Grossmächte auch gegen ihren Willen fast abzusehen, wenn es zu einer Krise käme. Die letzte Konfrontation der Grossmächte fand im Nahen Osten 1973 statt. Eine analoge Krise kann auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Der arabisch-israelische Antagonismus existiert weiterhin und wird vermutlich auch jene Lösungen des Problems überdauern, die heute überhaupt noch denkbar sind. Beide Grossmächte sind in der Region stark engagiert, und zwar jeweils auf der gegnerischen Seite. Ein neuerlicher Nahostkrieg mit ungünstigem Verlauf für die arabische Seite müsste zwangsläufig zu einer Verstärkung des militärischen Engagements der Sowjetunion führen. Auch für die Golfregion lässt sich mit fast «mathematischer Präzision» (Kissinger) eine krisenhafte

25 Abgedruckt und kommentiert u. a. in Timberlake 1978.

26 Vgl. dazu Frei 1982, S. 109–153.

Zukunft prognostizieren<sup>27</sup>. Saudi Arabien ist relativ leicht gegen Übergriffe von aussen zu verteidigen, anders als der Iran, der bereits einmal Ziel sowjetischer Expansion geworden war. Ostasien (Korea) und Südostasien sind weitere Regionen, in denen die Grossmächte stark engagiert sind. Schliesslich könnte sich der Süden Afrikas zu einem Krisenherd grossen Ausmasses entwickeln.

## V. Krisen in der Dritten Welt – Gefahr für den Frieden in Europa?

Ost und West haben ein Interesse an militärisch stabilen Verhältnissen in Europa; die Risiken jeder militärischen Konfrontation beider Bündnisse in Europa sind «so hoch, dass kein Konflikt vorstellbar ist» (Stratmann 1981, S. 138). Rückschläge in der Dritten Welt allein werden zweifellos die Sowjetunion nicht dazu bringen, die Existenz der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa aufs Spiel zu setzen; dies verbietet sich schon aus ideologischen Gründen<sup>28</sup>. In der Tat ist Zurückhaltung das bestimmende Merkmal sowjetischen Vorgehens in der internationalen Politik und nicht extreme Risikobereitschaft<sup>29</sup>. Vollkommen ausgeschlossen werden kann die militärische Option für den Fall einer Krise jedoch nicht, doch eine solche Krise müsste gravierender sein und vor allem die Sowjetunion selbst direkt betreffen.

Eine Studie historischer Fälle von Risikopolitik («brinkmanship») hat recht präzise Aufschlüsse darüber ergeben, was die Führung eines Landes zur bewussten und kalkulierten Übernahme extremer Risiken bewegen kann<sup>30</sup>. Es handelt sich hierbei in der Regel nicht um Versuche, sich bietende Chancen skrupellos auszunützen, sondern gefährlichen Tendenzen durch risikoreiche Politik zu begegnen, also auch einen Krieg zu riskieren. Wenn die Lage hoffnungslos erscheint, Risikopolitik aber Chancen zur Bewältigung der Krise bietet, dann bleibt den Verantwortlichen keine Wahl. Anlässe für Risikopolitik sind nach Lebow (1981) vor allem: 1. dramatische Veränderungen im Machtgleichgewicht; 2. Schwächen des politischen Systems, die kompensiert werden müssen; 3. Schwächen der Führung; 4. Rivalitäten innerhalb der Führung eines Landes. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre die Sowjetunion vermutlich nur bereit, das Risiko einer Konfrontation mit dem Westen in Mitteleuropa auf sich zu nehmen, wenn eine ganze Fülle von Umständen zusammenträfen, also eine umfassende Krise, ein Fall «Titanic» entstünde<sup>31</sup>. Dies wäre z. B. das Zusammentreffen von: Anarchie in Polen; antisowjetische Ausschreitungen in anderen Ländern

27 Vgl. auch Betts 1982, S. 263 ff.

28 Vgl. dazu Adomeit 1982, S. 328 ff.

29 Dies ist das Resultat der Untersuchungen von Adomeit 1981 und 1983.

30 Lebow 1981.

31 Betts 1982, S. 158, spricht in diesem Zusammenhang von «compound crisis» und «Titanic incident».

des Warschauer Paktes; Jugoslawisierung Rumäniens; perzipierte Militanz der NATO; Aktualisierung latenter sowjetischer Einkreisungsängste, etwa durch eine strategische Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit der Volksrepublik China; Rivalitäten innerhalb der sowjetischen Führung; usw. Eine solche Lage kann selbstverständlich nicht über Nacht entstehen; auch die Spannungen, die zum Ersten Weltkrieg führten, bauten sich während Jahren auf. Der Anlass zum Krieg war dann vergleichsweise nichtig. In ähnlicher Weise könnte auch ein Zwischenfall in der Dritten Welt katalytische Effekte entwickeln und zum modernen «Sarajevo» werden.

Zudem lebt die sowjetische Führung in der Erwartung kommender Auseinandersetzungen mit dem Westen. Die geschichtsphilosophische Konzeption ihrer Ideologie, der Historische Materialismus, besitzt wie bekannt auch chiliastische Qualität, d. h. Heilsgeschehen und Endzeitvorstellungen bedingen einander: Der endgültigen Errichtung des sozialistischen Reiches der Freiheit geht aus historisch-materialistischer Sicht das letzte Gefecht mit dem Imperialismus voraus. In seinen Todeskampf werde dieser ein letztes Mal die Welt mit Krieg überziehen. In völlig aussichtsloser Lage wäre die sowjetische Führung wohl durchaus versucht, die Zeit dieser Katharsis für gekommen zu halten und, in Erfüllung der eigenen Prophezeiungen, einen Krieg in Mitteleuropa zu beginnen. Man wird also davon ausgehen müssen, dass der reale Sozialismus (wenn überhaupt in absehbarer Zeit) wahrscheinlich nicht völlig geräuschlos von der historischen Bühne verschwinden wird.

Auch die Vereinigten Staaten könnten im Falle einer sowjetisch gesteuerten Krise in der Dritten Welt, die lebenswichtige Interessen des Westens bedroht (etwa die Ölversorgung durch die Länder der Golfregion), versucht sein, Gegendruck auf die Sowjetunion und deren Verbündete in Europa auszuüben. Die sog. «horizontale Strategie» Weinbergers schliesst diese Möglichkeit bekanntlich ein. Der Spielraum für entsprechende Massnahmen ist jedoch nicht gross, wenn etwa die exponierte Lage Berlins oder das konventionelle Kräfteverhältnis berücksichtigt wird. Die europäischen NATO-Partner der Vereinigten Staaten wären zudem wohl kaum bereit, eine derartige Eskalation des Konflikts mitzutragen, was auch immer in der Dritten Welt auf dem Spiel stünde, im Gegenteil. Die Sowjetunion würde vermutlich mit einem Versprechen ihrerseits, Europa aus dem Konflikt herauszuhalten, die grösseren Sympathien gewinnen und damit dem eigenen Interesse gleich doppelt dienen, nämlich durch Absicherung der europäischen «Front» und Irritation des westlichen Bündnisses<sup>32</sup>. Die Neigung der Vereinigten Staaten, einen Konflikt in der Dritten Welt nach Europa zu tragen, dürfte auch bei sehr ungünstigem Verlauf der Krise angesichts der ungleich grösseren Risiken einer militärischen Konfrontation von NATO und Warschauer Pakt in Europa verschwindend gering sein.

32 Vgl. Stratmann 1981, S. 235.

## VI. Wie wahrscheinlich ist ein Fall «Sarajevo» heute?

Szenarien einer Konfrontation der Grossmächte, in Analogie zur Julikrise 1914, sind unschwer zu entwickeln; Ausgangspunkt wäre ein Vorfall in der Dritten Welt, dem «Balkan» unserer Zeit. Andere haben dies mehr oder weniger überzeugend getan, und aus diesem Grunde braucht den existierenden Szenarien hier nicht noch ein weiteres hinzugefügt werden. Interessanter, aber auch schwieriger zu beantworten, ist die Frage nach der *Wahrscheinlichkeit* von Szenarien<sup>33</sup>. Der Versuch, die vorhergehenden Überlegungen wahrscheinlichkeits-theoretisch zu deuten und miteinander in Beziehungen zu setzen, führt hier etwas weiter. Die bereits zitierten Fakten und Zahlen werden dabei lediglich als Anhaltspunkte für die Bewertung von Risiken verwendet. Ein Anspruch auf Präzision der Schätzungen besteht selbstverständlich nicht; es geht hier nur mehr um die *Grössenordnung* der Risiken, mit denen zu rechnen ist.

Die «Buchführung» internationaler Konflikte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat wie ausgeführt 150 Vorgänge identifiziert, die sich als «Krieg» bezeichnen lassen. Dies sind etwa vier Konflikte pro Jahr (genau: 3.95), wenn man sich auf die gravierenden Fälle, also Kriege, beschränkt. In 28 Fällen griffen die Vereinigten Staaten mit Truppen in das Geschehen ein, in einem Falle war die Sowjetunion militärisch an einem Krieg beteiligt. Probabilistisch gedeutet heisst dies: Die Wahrscheinlichkeit eines amerikanischen Eingreifens in die Kriege des genannten Zeitraumes war  $p = (28/150) = 0.19$ , die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Eingreifens entsprechend  $p = (1/150) = 0.007$ .

Die Wahrscheinlichkeit des Zusammentreffens zweier voneinander unabhängiger Ereignisse entspricht nun dem Produkt der Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens. Wenn man also einmal davon absieht, dass ein Engagement der einen Grossmacht sicherlich in irgendeiner Weise die Neigung der anderen beeinflusst, in demselben Konflikt auf der anderen Seite Stellung zu beziehen, so war die Wahrscheinlichkeit einer Konfrontation  $p = (0.19 \times 0.007) = 0.0013$ , mithin etwas mehr als ein Promill. Bei der genannten Häufigkeit von etwa vier Kriegen pro Jahr wäre mithin theoretisch für die Zeit von etwa 3000 Jahren mit einer Konfrontation zwischen den Grossmächten zu rechnen gewesen. Eine direkte Konfrontation der Grossmächte in der Dritten Welt hat bis heute nur in einem Fall, nämlich über die Frage der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenwaffen auf Kuba im Jahr 1962, stattgefunden. Die Kuba-Krise wird jedoch in der vorher zitierten Liste nicht als Krieg geführt, und zwar zu Recht; man könnte zudem einwenden, dass es sich hier nicht um das Engagement von Grossmächten in der Dritten Welt, sondern um einen Spezialfall direkter Konfrontation handelte. Für die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit einer direkten Konfrontation zwischen den Grossmächten wären aber gesonderte Überlegungen durchzuführen.

33 Zu den Schwächen der Szenariums-Technik vgl. Frei/Ruloff 1984, Kapitel 38.

Die geringe Wahrscheinlichkeit einer Konfrontation der Grossmächte in der Dritten Welt während der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg ist vornehmlich auf das bislang geringe Engagement der Sowjetunion zurückzuführen. Für die kommenden Jahre scheint es jedoch wie gezeigt sinnvoll zu sein, mit einer Ausdehnung der sowjetischen Aktivitäten in der Dritten Welt zu rechnen. Wenn man anzunehmen gewillt ist, dass die Sowjetunion in Zukunft an etwa 10% aller Konflikte teilnimmt, so steigt die Wahrscheinlichkeit einer Konfrontation zwischen den Grossmächten auf etwa 2% an. Wenn gleichzeitig die Häufigkeit von Konflikten in der Dritten Welt auf fünf Fälle pro Jahr wächst, so wäre binnen 250 Jahren mit einem Fall einer Grossmachtkonfrontation zu rechnen. Dies scheint ein geringes Risiko zu sein; von seiner Grössenordnung her liegt es jedoch bereits in einem Bereich, den man in einem anderen Umfeld (z.B. bei technischen Grossprojekten wie Kernkraftanlagen) für keinesfalls tolerierbar hielte, und nicht ohne Grund. Das Risiko einer militärischen Konfrontation der Grossmächte in der Dritten Welt ist also in den kommenden Jahren nicht so klein, dass es vernachlässigt werden könnte, die getroffenen Annahmen vorausgesetzt.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass eine derartige Grossmachtkonfrontation auf Europa nur im Zusammenhang mit einer umfassenden und mehrschichtigen Krise übergreifen wird; die Gründe wurden bereits genannt. Ein Fall «Titanic», also das Zusammentreffen ungünstiger Umstände, ist aber selbst bereits höchst unwahrscheinlich, wenn man anzunehmen gewillt ist, dass sich die einzelnen Elemente der Krise nicht gegenseitig bedingen. Als Beispiel sei einmal von drei verschiedenen Ereignissen ausgegangen, deren Eintretenswahrscheinlichkeit sehr grosszügig mit jeweils 10% angenommen wird: Aufruhr und teilweiser Zusammenbruch der Ordnung innerhalb des sowjetischen Imperiums; strategische Partnerschaft der Volksrepublik China und der USA, was die latenten sowjetischen Einkreisungsängste stimuliert; schliesslich heftige Rivalitäten innerhalb der sowjetischen Führung. Die Gesamtwahrscheinlichkeit des gemeinsamen Auftretens dieser Ereignisse wäre  $p = 0.001$ . Die Wahrscheinlichkeit ihres Zusammentreffens mit einer Konfrontation der Grossmächte in der Dritten Welt, die für sich genommen 2% sei, wäre also  $p = 0.00002$ .

Eine Krise in der Dritten Welt mit katalytischen Wirkungen und anschliessender Konfrontation der Grossmächte in Europa ist also den vorausgehenden Berechnungen und Überlegungen folgend ausserordentlich unwahrscheinlich. Zu akzeptieren ist allerdings dabei wie schon betont die Annahme, dass die einzelnen Ereignisse in ihrem Eintreten voneinander unabhängig sind, sich also nicht gegenseitig bedingen. Diese Annahme, von deren Gültigkeit viel abhängt, kann einer empirischen Prüfung aber nicht unterzogen werden. Sie ist in ihrem Kern nämlich politischer Natur. So wäre es auch denkbar, dass sich ein Teil oder alle der genannten Ereignisse gegenseitig bedingen. Das Engagement der einen Grossmacht in einer Region der Dritten Welt könnte die andere Grossmacht auf den Plan rufen; die Versuchung wäre sicherlich gross, innere Schwierigkeiten des sowjetischen

Imperiums als Chance zu begreifen und auszunutzen. Nicht auszuschliessen ist auch, dass derartige Schwierigkeiten erst Rivalitäten in der sowjetischen Führung auslösen. Miteinander verknüpfte Risiken verhalten sich jedoch anders als unabhängige Risiken; sie *kumulieren* sich<sup>34</sup>. Im Extremfall käme es zu einer Kettenreaktion krisenhafter Vorgänge.

Dies zu verhindern muss Ziel der Politik sein. Allgemein geht es darum, Risiken zu erkennen, ihre Eintretenswahrscheinlichkeit zu mindern<sup>35</sup>, vor allem aber *Verknüpfungen* zwischen Einzelrisiken nicht herzustellen oder zu unterbrechen, falls es sie gäbe. Wenn dies gelänge, wenn also das simultane Auftreten krisenhafter Entwicklungen in den verschiedensten Bereichen internationaler Politik verhindert werden könnte bzw. nur mehr zufallsmässig zu erwarten wäre, so liesse sich der Zukunft mit Ruhe entgegensehen.

### Literatur

- Adomeit, Hannes 1981, *Soviet Risk Taking and Crisis Behavior*, in Baylis, John / Segal, Gerald (Hrsg.) 1981, *Soviet Strategy*. London (Croom Helm), S. 185–209.
- Adomeit, Hannes 1982, *Soviet Risk-Taking and Crisis Behavior. A Theoretical and Empirical Analysis*. London (George Allen and Unwin).
- Adomeit, Hannes 1983, *Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten*. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren. Baden-Baden (Nomos).
- Ayoob, Mohammed 1981, *Autonomy and Intervention*. In: Robert O'Neill / D.M. Horner (Hrsg.), *New Directions in Strategic Thinking*. London (George Allen and Unwin), S. 104–116.
- Betts, Richard K. 1982, *Surprise Attack. Lessons for Defense Planning*. Washington, D.C. (Brookings Institutions).
- Bull, Hedley 1981, *Force in International Relations. The Experience of the 1970s and Prospects for the 1980s*. In: Robert O'Neill / D.M. Horner (Hrsg.), *New Directions in Strategic Thinking*. London (George Allen and Unwin), S. 17–33.
- Brenner, Michael J. 1981, *Nuclear Power and Non-Proliferation: The Remaking of U.S. Policy*. New York (Cambridge University Press).
- Dunn, Lewis A. 1982, *Controlling the Bomb: Nuclear Proliferation in the 1980s*. New Haven, Connecticut (Yale University Press).
- Erickson, John 1981, *The Soviet Military Potential for Surprise Attack: Surprise, Superiority and Time*. In: Robert L. Pfalzgraff, Jr. / Uri Ra'anana / Warren Milberg (Hrsg.), *Intelligence, Policy and National Security*. London and Basingstoke (Macmillan), S. 49–73.
- Frei, Daniel 1982, *Risks of Unintentional Nuclear War*. Genf (UNIDIR).
- Frei, Daniel 1983, *Der ungewollte Atomkrieg. Eine Risiko-Analyse*. München (C.H. Beck).
- Frei, Daniel / Ruloff, Dieter 1984, *Handbuch der Weltpolitischen Analyse. Methoden für Praxis, Beratung und Forschung*. Diessenhofen (Rüegger).
- Jones, Rodney W. 1981, *Nuclear Proliferation: Islam, the Bomb, and South Asia*. Beverly Hills, California (Sage).

34 Vgl. Frei 1983, S. 124, zu einer Erklärung. Wenn  $p$  die wahrscheinliche Gesamtsicherheit des internationalen Systems ist und  $p_1 \dots p_n$  die Wahrscheinlichkeit kumulativ wirksamer Risiken, so berechnet sich erstere nach der Formel  $p = (1-p_1) \times (1-p_2) \times (1-p_3) \times \dots$  usw. Selbstverständlich ist die Wahrscheinlichkeit einer zusammengesetzten Krise  $p_k = (1-p)$  und konvergiert bei genügender Zahl bzw. Grösse der Risiken gegen  $p_k = 1.0$ , d.h. unbedingtes Eintreten.

35 Vgl. Frei 1983, S. 126f. mit einigen exemplarischen Vorschlägen.

- Kahler, Miles 1981, *Rumors of War*, in: Foreign Affairs, Bd. 00, S. 00.
- Kende, Istvan 1982, *Über die Kriege seit 1945*. Bonn (DGFK-Hefte Nr. 16, November).
- Katz, James Everett / Marwah, Onkar S. (Hrsg.) 1982, *Nuclear Power in Developing Countries*. Lexington (D.C. Heath).
- King, John Kerry (Hrsg.) 1979, *International Political Effects of the Spread of Nuclear Weapons*. Washington (G.P.O.).
- Lebow, Richard Ned 1981, *Clear and Future Danger. Managing Relations with the Soviet Union in the 1980s*. In: Robert O'Neill / D.M. Horner (Hrsg.), *New Directions in Strategic Thinking*. London (George Allen and Unwin), S. 222–245.
- Levi, Werner 1981, *The Coming End of War*. Beverly Hills (SAGE).
- Meyer, Stephen M. 1983, *Nuclear Proliferation: Models of Behavior*, Choice and Decision. Chicago (University of Chicago Press).
- Nye, Joseph S. 1982, *The U.S. and Soviet Stakes in Nuclear Nonproliferation*, in: Political Science, Bd. 15, Nr. 1, S. 32, 39.
- Payne, Keith B. 1982, *Nuclear Deterrence in U.S. – Soviet Relations*. Boulder, Colorado (Westview Press).
- Pollins, Brian M. 1982, *Arms and Archimedes: The Newly Industrializing Countries in the Spiraling Global Arms Market*. Veröffentlichung Nr. IIVG/dp 82–102, Berlin (Wissenschaftszentrum Berlin, Internationales Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung).
- Potter, William C. 1982, *Nuclear Power and Nonproliferation: An Interdisciplinary Perspective*. Cambridge, Massachusetts (Oelgeschlager, Gunn, and Hain).
- Ruloff, Dieter 1984, *Geschichtsforschung und Sozialwissenschaft*. Eine vergleichende Untersuchung zur Wissenschafts- und Forschungskonzeption in Historie und Politologie. München (Oldenbourg).
- Sabin, Philip A.G. 1983, *World War Three: A Historical Mirage?* In: Futures, August, S. 272–280.
- Schilling, Warner 1981, *US Strategic Nuclear Concepts in the 1970s: The Search for Sufficiently Equivalent Countervailing Parity*. In: Robert O'Neill/D.M. Horner (Hrsg.), *New Directions in Strategic Thinking*. London (George Allen and Unwin), S. 34–59.
- Stratmann, K.Peter 1981, *NATO-Strategie in der Krise?* Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa. Baden-Baden (Nomos).
- Timberlake, Charles E. 1978, *Detente*. A Documentary Record. New York (Praeger).
- Waltz, Kenneth N. 1981, *The spread of Nuclear Weapons: More May Be Better*. London (International Institute for Strategic Studies, Adelphi Papers No. 171).
- Weissman, Steve / Krosney, Herbert 1981, *The Islamic Bomb*. New York (Times Books).
- Wildenmann, Rudolf 1983, *Public Opinion and the Defence Effort: Trends and Lessons – Europe*. In: Adelphi Paper No. 182, S. 24–28. London (IISS).
- Young, Elisabeth / Young, Wayland 1980, *Marxism-Leninism and Arms Control*, in Arms Control, Bd. 1, Nr. 1, S. 3–29.

